

## Nach der Krise ist in der Krise

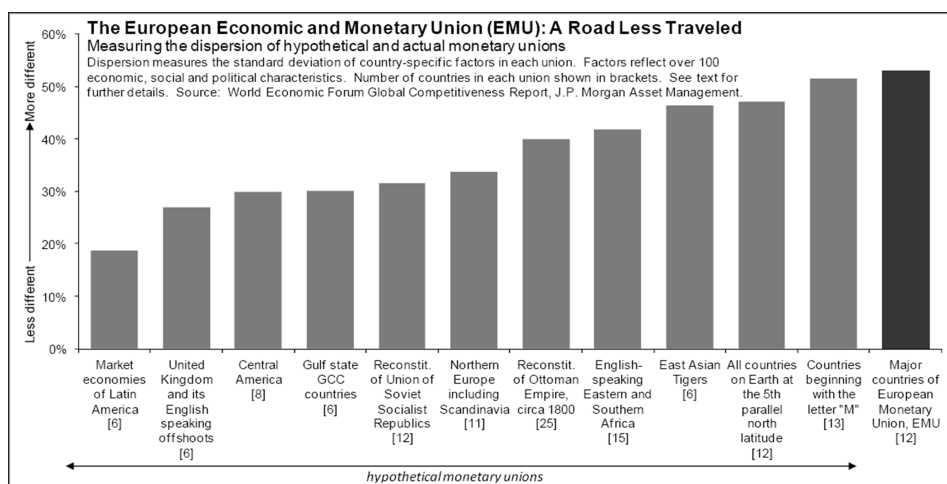
### Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaats<sup>1</sup>

Euro-Land ist nicht Europa. Der Europäischen Union gehören einschließlich Kroatien 28 Länder an, der Europäischen Währungsunion (EWU) nur 17, also elf weniger. Zur Währungsunion gehören Zwergstaaten wie Luxemburg, Estland, Malta und Zypern, zu den Außenseitern immerhin Dänemark, Schweden und Großbritannien – Länder, die beitreten könnten und sollen, aber nicht wollen. Niemand wird ernsthaft behaupten, dass Kopenhagen, Stockholm und London weniger europäisch sind als Valletta, nur weil man in Malta in Euro zahlt. Nicht einmal die Europäische Union ist Europa; zu den bekennenden Nichtmitgliedern gehören so europäische Länder wie die Schweiz und Norwegen, die auch ohne Mitgliedschaft sehr gut auszukommen scheinen. Davon, dass es zwischen ihnen und den Mitgliedstaaten der EU kürzlich zu Kriegshandlungen gekommen wäre, ist nichts bekannt.

Die Europäische Währungsunion ist eine Währungsunion, sonst nichts.<sup>2</sup> Als solche ist sie ein erstaunliches Gebilde, nicht nur wegen ihrer eigenartigen Institutionen. Die amerikanische Bank J.P. Morgan hat die interne Heterogenität tatsächlicher und hypothetischer Währungsunionen anhand von über 100 wirtschaftlichen, sozialen und politischen Indikatoren berechnet (Abbildung 1). Dabei zeigte sich, dass die zwölf wichtigsten Mitgliedstaaten der EWU untereinander heterogener sind als hypothetische Währungsunionen beispielsweise aus den Ländern des ottomanischen Reiches um 1800, aus allen Ländern auf dem 5. nördlichen Breitengrad und sogar aus allen Ländern, deren Name mit einem M beginnt.

- 1 Vortrag bei der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung am 25. Januar 2013. Ich danke Lea Elsässer für unermüdliche Hilfe bei der Zusammenstellung und Verarbeitung der verwendeten Statistiken.
- 2 Der Kanzlerinnenspruch »Scheitert der Euro, so scheitert Europa«, begeistert begrüßt von SPD und Grünen, dient dazu, eben darüber hinwegzutäuschen. Jenseits seines politischen Zwecks hat er keinerlei semantisch lokalisierbaren Sinn. Zwar kann man, um Jacques Delors zu paraphrasieren, Europa lieben, den Euro aber ebenso wenig wie den Binnenmarkt. Bei beiden handelt es sich um ökonomisch-technokratische institutionelle Konstruktionen, die allein an ihren Wirkungen zu messen und, wenn nötig und möglich, um- oder zurückzubauen sind.

Abbildung 1: Heterogenität hypothetischer Währungsunionen und der EWU



Soweit Heterogenität zwischen den Ländern einer Währungsunion unterschiedliche »Wettbewerbsfähigkeit« bedeutet, versperrt die gemeinsame Währung Staaten, die wirtschaftlich nicht mithalten können, die Möglichkeit einer Abwertung. Damit kommt die Einführung einer zwischenstaatlichen Währungsunion der Rückkehr zu einem zwischenstaatlichen Goldstandard gleich. Weniger wettbewerbsfähige Länder, die nicht noch weiter zurückfallen wollen, werden auf eine »innere Abwertung« verwiesen, also auf eine Senkung ihrer Löhne und Kürzung ihrer Sozialausgaben – was im neoliberalen Eurospeak »Strukturreformen« heißt.<sup>3</sup> Im Europa von heute wird die Währungsunion damit zur »Krönung«, zwar nicht einer politischen Union, so doch des Binnenmarkts, indem sie ihre Mitgliedstaaten daran hindert, durch Änderung der Währungsparitäten korrigierend in dessen »freies Spiel« einzugreifen, und sie zwingt, statt gelegentlich die Marktpreise an ihre Volkswirtschaften diese laufend an die Marktpreise anzupassen. Ergebnis ist eine *Entmachtung der Politik gegenüber dem Markt* beziehungsweise ihre Festlegung auf die Durchsetzung von »Marktgesetzen« gegenüber der Bevölkerung, koste es diese was es wolle.

Im Folgenden möchte ich versuchen, die unter diesen Umständen zu erwartenden politischen Konflikte innerhalb der Währungsunion in ihrer Funktion als *Gesamtstaat des vollendeten Binnenmarkts* zu beschreiben. Dabei gehe ich davon aus, dass die für die Währungsunion fundamentale Abschaffung der äußeren Abwertung Ländern mit niedriger Produktivität als einzige Alternative zu einer inneren Abwertung zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit – beziehungsweise bei deren Ausbleiben oder Scheitern: zu weiterem Abgehängt-werden – nur einen finanziellen Ausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedstaaten übrig lässt, möglicher-, aber nicht notwendigerweise in Form einer aktiven Regionalpolitik zugunsten der letz-

3 Ebenso – mit ähnlichen Schlussfolgerungen wie hier – Offe 2013; Hall 2012.

teren. Um abzuschätzen, was diese unterliegende Struktur für den Verlauf der sich über die gegenwärtigen »Rettungsaktionen« hinaus entwickelnden politisch-ökonomischen Konfliktlinien im Euro-Land bedeutet, vergleiche ich die Verhältnisse in der Europäischen Währungsunion mit denen in zwei ebenfalls von regionalen Disparitäten betroffenen europäischen Nationalstaaten, Italien und Deutschland.

## Die Abschaffung der Abwertung und ihre Freunde

In den 1990er Jahren war der Euro ein Projekt europäischer Regierungen, insbesondere der französischen, die nicht mehr die »harte« deutsche Geldpolitik nachvollziehen, sondern sie durch Vergemeinschaftung der Bundesbank aufweichen wollten. Deutschland gab nach, als Gegenleistung für die Wiedervereinigung und nachdem es sich eingeredet hatte, dass es seine Geldpolitik durch entsprechende Vertragsgestaltung zu einer gesamteuropäischen würde machen können. Zugleich war die Währungsunion neoliberalen Ökonomen und europäischen Technokraten lieb und teuer, denen eine andere als eine marktdurchsetzende Politik unheimlich ist, insbesondere eine, die nicht »wettbewerbsfähige« Löhne und Renten, statt sie herunterzuschneiden, durch Manipulation des Außenwerts der nationalen Währung verteidigt, indem sie Exporte verbilligt und Importe verteuert und so die »Marktesetze« politisch suspendiert.<sup>4</sup>

4 Jacques Chirac, der im Mai 1968 im Auftrag des damaligen Ministerpräsidenten Pompidou mit der kommunistischen Gewerkschaft CGT das Übereinkommen von Grenelle ausgehandelt hatte, das den Generalstreik beendete, schreibt in seinen Memoiren: »In November 1968, I [...] found myself isolated when I openly supported a devaluation of the Franc, which I believed to be the only way of making business competitive again and of relaunching growth. Devaluation is a remedy to be used with caution but that can be advisable at the right time. Although he entirely recognized its necessity from an economic and financial viewpoint, General de Gaulle balked before a measure that seemed to him a moral and political affront to our national prestige. [...] It was on the advice of Raymond Barre, Vice President of the European Economic Commission [...], that the head of state finally decided against a devaluation [...]« (Chirac 2012, S. 38). Liberale Ökonomen sehen in einem Ausschluss der Abwertung ein geeignetes Mittel zur Disziplinierung einzelstaatlicher Wirtschaftspolitik, insbesondere in Konfrontation mit starken Gewerkschaften. Dies erklärt, warum jemand wie Robert Mundell Anfang der 1970er Jahre für eine europäische Währungsunion eintrat, obwohl Europa die von ihm selber aufgestellten Kriterien für eine *optimum currency area* nicht erfüllte: »Rather than moving toward more flexibility in exchange rates within Europe the economic arguments suggest less flexibility and a closer integration of capital markets. [...] On every occasion when a social disturbance leads to the threat of a strike, and the strike to an increase in wages unjustified by increases in productivity and thence to devaluation, the national currency becomes threatened. Long-run costs for the nation as a whole are bartered away by governments for what they presume to be short-run political benefits« (Mundell 1973, S. 147, 150). Mitterand und sein Finanzminister Delors (!) gingen 1984 zu einer Hartwährungspolitik nach deutschem Muster über, um die Kommunisten als Koalitionspartner loszuwerden. In jüngster Zeit freilich hat sich die Liebe insbesondere deutscher Ökonomen zur Währungsunion in dem Maße verflüchtigt, wie sich herausstellte, dass ein Abbau von Politik durch Abschaffung

Außerhalb der Kreise der »Experten«<sup>5</sup> besteht die derzeitige Pro-Euro-Koalition aus einem Bündnis der Exportindustrien der Überschussländer, insbesondere Deutschlands, mit den neuen Mittelschichten, bestimmten modernisierungsorientierten nationalen Eliten und den Staatsapparaten der Defizitländer. Zu den Exportindustrien des Nordens hinzuzurechnen sind deren Gewerkschaften, die das Interesse ihrer Arbeitgeber teilen, die gemeinsamen Erzeugnisse, insbesondere Automobile und Maschinen, innerhalb eines möglichst großen Binnenmarkts dauerhaft zu Festpreisen verkaufen zu können. Auch ist der Außenwert des Euro wegen der Beteiligung der südlichen Defizit- und Krisenländer niedriger, als es der einer allein deutschen oder deutsch-niederländischen Währung wäre. In den Defizitländern kann die EWU auf die Unterstützung der Mittel- und Oberschichten rechnen, denen eine Abwertung der nationalen Währung den Kauf deutscher Konsumgüter wie Autos und Kücheneinrichtungen verteuern würde. Besserverdienende schätzen darüber hinaus die durch die Währungsunion gesicherte Kapitalverkehrsfreiheit und die Möglichkeit, ihr Geld ungehindert außer Landes zu bringen. Aus Sicht nationaler oder nationalistischer Modernisierer, in Italien etwa gruppiert um die Banca d'Italia und die Bocconi-Universität in Mailand, bedeutet der Euro einen willkommenen Zwang für die Politik, die nationale »Wettbewerbsfähigkeit« allein durch liberalisierende »Strukturreformen« – einschließlich insbesondere einer Entmachtung der Gewerkschaften – zu verteidigen. Den traditionellen Staats- und Parteiapparaten schließlich geht es vor allem um die in einer Währungsunion auszuhandelnden Hilfszahlungen der reichen an die armen Mitgliedsländer, die innenpolitisch zur Subventionierung niedriger Steuersätze und allgemein zur klientelistischen Beschaffung politischer Zustimmung genutzt werden können.<sup>6</sup> Hierzu mehr weiter unten.

der Abwertung politisch nur um den Preis eines Ausbaus von Politik in Gestalt zwischenstaatlicher Subventions- und Sozialpolitik zu haben ist. Zur Funktion der Abwertungsoption in einer international verflochtenen Ökonomie siehe Streeck 2013, S. 246 ff.

- 5 Kreise, die andererseits und zugleich flexible Wechselkurse als eines der Erfolgsrezepte der Entwicklungs- und Schwellenländer im letzten Jahrzehnt identifizieren. Siehe den Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 28. September 2012 über eine Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (»Dem Erfolg der Schwellenländer auf der Spur«), wo es heißt: »Ein Land, dessen Währung an die Valuta eines anderen Landes [...] gekoppelt ist, ist besonders anfällig auf [sic!] Stimmungswechsel unter internationalen Investoren«. Zugleich gilt natürlich, um einem anonymen Gutachter beizupflichten, dass die Abwertung einer nationalen Währung kein »Allheilmittel« ist – was schon deshalb der Fall sein muss, weil es Allheilmittel bekanntlich nicht gibt. Da aber die Währungsunion nichts anderes ist als die Abschaffung der Abwertung, muss darüber nachgedacht werden können, ob und inwieweit die nach ihrer Einrichtung aufgetretenen Probleme möglicherweise etwas mit dieser zu tun haben.
- 6 Der Pro-Euro-Koalition hinzuzurechnen sind die politischen Eliten der Balkanländer, die jedenfalls bis 2008 darauf hoffen konnten, nach einem allfälligen Beitritt zur EWU ebenfalls in den Genuss von Ausgleichszahlungen verschiedenster Art zu gelangen. Ob heute noch Aussicht besteht, dass derartige Hoffnungen irgendwann in Erfüllung gehen, erscheint zweifelhaft.

## Währungsunion und Demokratie

Eine Währungsunion aus wirtschaftlich unterschiedlich wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften gefährdet die politische Stabilität der schwächeren Länder – als Folge der kumulativen Bevorteilung der Gewinner in politisch unkorrigierten Märkten sowie der Bemühungen unionstreuer Regierungen, die wirtschaftliche Situation ihrer Bürger mittels fiskalischer Austerität und »Strukturreformen« zunächst weiter zu verschlechtern, damit sie sich zu einem ungewissen späteren Zeitpunkt verbessern kann. Im Europa von EU und EWU kommt hinzu, dass das reiche Zentrum der Währungsunion ein starkes Eigeninteresse daran hat, dass die Staaten der zurückgebliebenen Peripherie ihre Finanz- und Fiskalkrise überwinden, ohne zu diesem Zweck aus der Union auszuschneiden. Dabei geht es ihnen vor allem darum, Schaden von ihren nationalen Bankensystemen abzuwenden und allgemein das Vertrauen der Kapitalmärkte in staatliche Schuldner wiederherzustellen. Damit geraten die Peripheriestaaten nun auch »von oben« beziehungsweise »von außen« unter Druck: Von ihnen wird verlangt, dass sie gegenüber ihren Bürgern Anpassungsmaßnahmen durchsetzen, die ihre demokratische Legitimation untergraben können. Deshalb sucht die Europäische Union nach Wegen, die Regierungen der Peripheriestaaten wenigstens zeitweilig von demokratischer Legitimation unabhängig zu machen – siehe die Entsendung der Kommissare Papademos und Monti nach Griechenland und Italien und die anschließende Durchsetzung des »Fiskalpakts«.

Allerdings erwies sich die Entdemokratisierung der Peripheriestaaten als schwieriger als gedacht. Das Scheitern von Papademos und Monti hat gezeigt, dass die EU nicht hoffen kann, den neoliberalen Umbau ihrer Peripherie von Brüssel aus diktieren zu können. Damit aber muss sie mit der Möglichkeit rechnen, dass die Regierungen der Krisenländer sich zu sehr an den Interessen ihrer Wählerschaft orientieren, zumal sie sich darauf berufen können, dass in ihren Ländern andernfalls ein Zusammenbruch der politischen Ordnung drohen könnte. Da hieran auch das Zentrum kein Interesse haben kann, verbessert sich die Position der Peripherieländer, wenn sie darauf bestehen, dass ihnen nicht nur nichts Unmögliches abverlangt, sondern auch bei der Lieferung des Möglichen geholfen wird. Verhandelt wird dann darüber, wie lange es den Regierungen der Peripherie erlaubt sein muss, die innere Abwertung zeitlich zu strecken oder gar aufzuschieben, und in welchem Ausmaß dies von den Ländern des Zentrums, in welcher Form auch immer, finanziell abzusichern sei. Damit erlangen die gewählten Regierungen der Peripheriestaaten, so »europafreundlich« oder gar europahörig sie auch sein oder sich geben mögen, an der Schnittstelle zwischen ihrer nationalen Wählerschaft und den europäischen Institutionen ein erheblich größeres Eigengewicht als in der technokratischen Vorstellungswelt neoliberaler Reformer für sie vorgesehen.

## Die Unvermeidlichkeit einer »Transferunion«

Die absehbare Folge einer Beibehaltung der Währungsunion ist deshalb ein fließender Übergang der gegenwärtigen Krisenrettungspolitik in eine mehr oder weniger

dauerhafte »Transferunion«, nicht zuletzt in Form einer verschleierte Staats- und Bankenfinanzierung in den Peripherieländern durch die Europäische Zentralbank.<sup>7</sup> Geholfen werden muss, bis »die Reformen greifen«, auch damit die »Reformregierungen« nicht zwischenzeitlich verloren gehen. Zwar gibt es Geld nur gegen »Reformen« – was aber, wenn die Entmachtung der Arbeiter, öffentlich Bediensteten, Patienten und Rentner nicht rasch genug vorankommt oder der ersehnte neoliberale Wachstumsschub auf sich warten lässt? Dann wird aus der Nothilfe eine zwischenstaatliche regionale Struktur- oder gar Sozialpolitik, ein »Wachstumsprogramm« oder gar ein »Marshall-Plan«.<sup>8</sup> Freilich müssten die dazu benötigten Mittel erst noch den Wählern der Länder des Zentrums abgerungen werden, und zwar in Zeiten immer spürbarer werdender fiskalischer Einschnitte. Auch hier dürfte es ohne Entdemokratisierung, diesmal in den Ländern des Zentrums der Union, nicht abgehen.

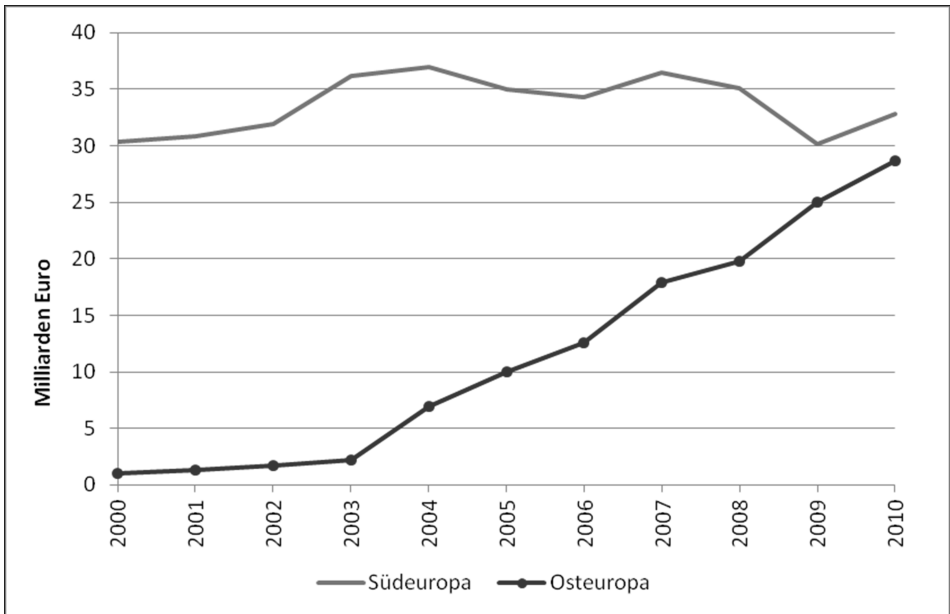
Nicht, dass Transfers von Nordwest- nach Südeuropa als solche neu wären. Auch vor der Währungsunion gab es innerhalb der EU erhebliche wirtschaftliche Unterschiede, die zu einer Teilung der Mitgliedsländer in Zahler und Empfänger von Unterstützungsleistungen der verschiedensten Art führten. Die Süderweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal in den 1970er und 1980er Jahren hatte ja vor allem politische Gründe: Ihr Ziel war die Absicherung einer demokratisch-kapitalistischen Entwicklung nach westeuropäischem Muster nicht nur gegen eine Rückkehr der faschistischen Diktaturen, sondern ebenso gegen den als Gefahr wahrgenommenen Eurokommunismus. Allen Beteiligten war klar, dass die Süderweiterung teuer werden würde, auch weil ohne Hilfen beim Aufbau einer modernen Infrastruktur ein Anschluss an den westeuropäischen Lebensstandard – von dem die politische Stabilität an der Südflanke Westeuropas mutmaßlich abhing – unmöglich erschien. Ähnlich verhielt es sich nach 1989 bei der Osterweiterung, bei der es um die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des östlichen und südöstlichen Glacis der westeuropäischen Wohlstandszone ging. Dasselbe wird übrigens für die restlichen Balkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) gelten, wenn sie einmal der EU und der Währungsunion angehören werden; teilweise gilt es für sie schon heute.

7 Ich verwende das Wort »Transfer« in einem allgemeinen Sinn, um der unabsehbaren Formenvielfalt gerecht zu werden, in der die reicheren Länder der Währungsunion den ärmeren wirtschaftliche Unterstützung gewährt haben, gewähren und gewähren werden. Der mehrfach demonstrierte Erfindungsgeist der Finanztechnokraten und politischen Kosmetiker auf diesem Gebiet übertrifft die Phantasie außenstehender Beobachter bei weitem, weshalb die Begrifflichkeit so offen wie möglich gehalten werden muss. »Transfers« schließen im Folgenden die Struktur- und Regionalfonds der EU ebenso ein wie Schuldenübernahme durch die Europäische Zentralbank, Maßnahmen zur »Bankenrettung« oder zukünftige »Wachstumsprogramme« – also alle finanziell wirksamen Maßnahmen einschließlich möglicher »Euro-Bonds«, die sichtbar oder unsichtbar Mittel von den »wettbewerbsfähigen« an die weniger »wettbewerbsfähigen« Länder der Währungsunion umverteilen.

8 Maier 2012.

In den 1990er Jahren begannen dann den Kernländern der Europäischen Union die Unterstützungsleistungen für die südliche und östliche Peripherie über den Kopf zu wachsen, zumal Deutschland zusätzlich mit den Kosten seiner Wiedervereinigung fertig werden musste (siehe unten). Steigende Aufwendungen für Osteuropa ließen die Zuschüsse für Südeuropa, insbesondere für Griechenland, Portugal und Spanien,<sup>9</sup> stagnieren (Abbildung 2).

Abbildung 2: EU-Bruttoausgaben für ausgewählte Länder (2000-2010)



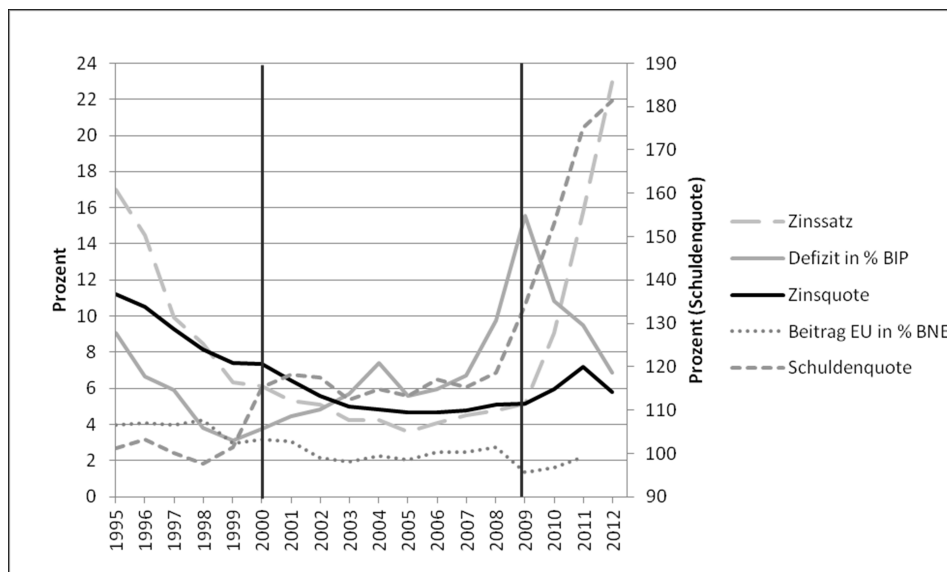
Quelle: Europäische Kommission: EU-Haushalt 2010 – Finanzbericht.

Die Währungsunion hatte den willkommenen Nebeneffekt, dass sie es den Ländern des Zentrums ermöglichte, bei ihrer Unterstützung für die südliche Peripherie zu sparen, da die einheitlich niedrigen Zinssätze für die Euro-Länder die Defizitländer in die Lage versetzten, ausbleibende Zahlungen aus den EU-Fonds durch bei den Finanzmärkten aufgenommene Kredite zu ersetzen. Dies gilt insbesondere für Griechenland (Abbildung 3), wo die Zinsquote nach Eintritt in die EWU trotz steigender

9 Italien war seit den 1980er Jahren nicht mehr Zahlungsempfänger. Innerhalb des organisierten Europa stand das Land immer auf der Kippe, weil Norditalien faktisch zum europäischen Zentrum gehört, während der Süden des Landes der mediterranen Peripherie zuzurechnen ist. Nach dem Krieg bestand in Italien ebenso wie in Europa und den USA die Befürchtung, dass ein italienischer Nationalstaat wegen seiner internen Heterogenität nicht lebensfähig sein würde. Die europäische Regional- und Strukturpolitik wurde vor allem deshalb ins Leben gerufen.

Schuldenaufnahme zurückging, während der Beitrag der EU zum griechischen Sozialprodukt sich von vier auf unter zwei Prozent halbierte. Freilich endete die Gunst der Kapitalmärkte nach 2008, als die Kreditgeber befürchteten, dass die Länder des europäischen Zentrums nicht mehr willens oder in der Lage sein würden, für die von den südlichen Peripherieländern aufgehäuften Schulden die Verantwortung zu übernehmen. So schossen die Zinssätze nach oben, die Staatsausgaben brachen ein, und die Zinsquote begann zu steigen.

Abbildung 3: Griechenland – Währungsunion und Staatsfinanzen (1995-2012)



Quellen: OECD Economic Outlook, laufende Veröffentlichung; EU Haushalts- und Finanzberichte.

Ich fasse bis hierher zusammen. Die derzeitigen »Rettungsfonds« sind nichts anderes als die aktuelle Variante eines langen Stroms von Unterstützungsleistungen des Zentrums des europäischen Staatensystems an seine südliche Peripherie. Deren Ziel war zunächst, politische Kräfte in den Empfängerländern zu unterstützen, die für einen westeuropäisch-demokratisch-kapitalistischen Entwicklungspfad standen. Später kam als Motiv hinzu, die südlichen und dann auch die östlichen Mitgliedsländer durch Hilfen beim Aufbau einer modernen Infrastruktur in die Lage zu versetzen, wirtschaftlich zu den Ländern des Zentrums aufzuschließen oder doch in einer Währungsunion mitzuhalten. Als die hierfür verfügbaren Mittel gegen Ende der 1990er Jahre knapp wurden, wurden mit Beginn der Währungsunion fiskalische Transfers zunehmend durch einen Transfer von Bonität als Schuldner abgelöst. Nach 2008 zeigte sich jedoch, dass all dies wirtschaftlich nicht viel mehr hervorgebracht hatte als eine Scheinblüte – wohl auch, weil Hilfgelder und billige Kredite zu einem guten Teil konsumtiv statt investiv verwendet worden waren, nicht zuletzt



zur Festigung traditionell fest etablierter klientelistischer Herrschaftsstrukturen. So sahen sich die Länder des Zentrums gezwungen, auch um eigener Interessen willen Maßnahmen zur »Rettung« ihrer südlichen Peripherie zu ergreifen, die allerdings heute – unter Krisen- und Nachkrisenbedingungen – nur noch schwer politisch durchzusetzen und zu finanzieren sind.

Schon jetzt, noch mitten in der Krise, sehen sich die Länder des Zentrums der Währungsunion Forderungen der südlichen Mitgliedstaaten nach »Wachstumsprogrammen« in Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Regional- und Strukturpolitik gegenüber, und insofern zu Recht, als es den Defizitländern als Mitgliedern der EWU verwehrt ist, ihre »Wettbewerbsfähigkeit« durch Abwertung ihrer Währung zu verbessern.<sup>10</sup> Tatsächlich scheint die Währungsunion auf Seiten der Peripherieländer die Vorstellung eines Anrechts auf eine europäische Sozialpolitik hervorgebracht zu haben<sup>11</sup> oder doch zumindest auf eine Art Eintrittsgeld in ihre Märkte oder eine europäische Steuer auf überdurchschnittliche nationale Wettbewerbsfähigkeit. Dagegen setzen die Staaten des Zentrums angesichts der gestiegenen und in Zukunft weiter steigenden Zahl unterstützungsbedürftiger Mitgliedsländer bei knapper werdenden Mitteln sowie unter dem Drängen der Kapitalmärkte mehr denn je auf »Reformen« als Alternative zu Finanzhilfen – in der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Hilfsbedürftigkeit durch neues Wachstum oder auch nur, um Geld zu sparen. Zu diesem Zweck bestehen sie auf weitgehenden Durchgriffs- und Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber den Empfänger- beziehungsweise Schuldnerländern.

Ob das allerdings wirtschaftlich und politisch funktionieren kann, steht auf einem anderen Blatt. Spätestens seit den 1980er Jahren gehen die Wachstumsraten in den OECD-Ländern zurück.<sup>12</sup> Der letzte globale Wachstumsschub war, wie wir jetzt wissen, hauptsächlich durch eine Aufblähung des Kreditwesens bewirkt worden; dieser Trick wird sich auf absehbare Zeit nicht wiederholen lassen. Für einen »europäischen Marshall-Plan« gibt es kein Geld, auch und gerade in Frankreich nicht, dessen Präsident zum Amtsantritt ein europäisches Wachstumsprogramm forderte, sich dann aber mit einem symbolischen Ratsbeschluss abspeisen ließ, der im Wesentlichen in einer Umfirmierung bereits bewilligter Haushaltsmittel bestand.

- 10 Dass eine Abwertung die Lage der weniger »wettbewerbsfähigen« Mitgliedsländer der Währungsunion verbessern würde, ist der Hintergrund der Forderung des Kapitalmarktexperten George Soros, Deutschland solle, wenn es nicht bereit sei, sich auf »Euro-Bonds« einzulassen, aus der Währungsunion austreten; siehe Soros 2013.
- 11 Siehe das von Journalisten immer wieder berichtete Argument von Bürgern auf griechischen oder zyprischen Straßen, dass man geglaubt habe, mit der Aufnahme in EU und Währungsunion zu »Mitgliedern der europäischen Familie« mit Anspruch auf »europäische Solidarität« geworden zu sein. Dasselbe Argument ist, ähnlich formuliert, auch in Deutschland von denen zu hören, die die Währungsunion mit »Europa« gleichsetzen.
- 12 Miegel 2010.

## Zentrum und Peripherie

Was also sind die Aussichten auf die Innenpolitik der Europäischen Währungsunion als eines internationalen Binnenmarktstaats? Sechs Mitgliedsländer (vier Mittelmeerländer, Portugal und Irland) sind derzeit notleidend und auf »Rettungsmaßnahmen« angewiesen. Die meisten von ihnen, wenn nicht alle, werden darüber hinaus ohne laufende finanzielle Unterstützung, in welcher Form auch immer, nicht in der Lage sein, ein weiteres wirtschaftliches Abrutschen im Wettbewerb mit Ländern wie Deutschland und die damit verbundenen innenpolitischen Verteilungskonflikte zu vermeiden oder auch jene Art von »Reformen« durchzuhalten, durch die sie längerfristig an den Güter- und Finanzmärkten »wettbewerbsfähig« werden sollen. Sieht man von Ländern ab, die zu klein sind, um überhaupt eine Rolle zu spielen, bleiben nur Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich und Finnland, die weder Zwergstaaten noch in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Allerdings können auch Österreich und Finnland wegen ihrer geringen Größe zu allfälligen Unterstützungszahlungen, absolut gesehen, nur einen symbolischen Beitrag leisten.

Damit besteht das wirtschaftliche Kraft- und politische Machtzentrum der in der EWU organisierten europäischen Staatengemeinschaft allein aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Der europäische Fiskalpakt mit seinen teilweise auf Jahrzehnte geltenden Austeritätsverpflichtungen wird die Spaltung der Währungsunion in ein regierendes Zentrum und eine regierte Peripherie insofern formalisieren, als die Staaten der südlichen Peripherie noch lange der Haushaltsaufsicht durch Brüssel und die Unterstützung leistenden Nordstaaten unterliegen werden. Absehbar ist, dass es im Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie um zwei Dauerthemen gehen wird: (1) in welcher Höhe die Länder des Zentrums internationale Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen erbringen müssen und (2) was sie dafür an Eingriffsrechten verlangen können, um die Gewähr zu haben, dass ihre Mittel investiv mit dem Ziel eingesetzt werden, eine annähernde Angleichung der Lebensverhältnisse durch aufholendes und selbsttragendes Wachstum zu erreichen und weitere Unterstützung überflüssig zu machen. Während die Zahlerstaaten bestrebt sein werden, ihre Leistungen möglichst klein zu halten und zugleich für sich selber beziehungsweise von ihnen dominierte internationale Organisationen möglichst weitgehende Eingriffsrechte durchzusetzen, werden die Empfängerstaaten möglichst hohe Transfers für von ihnen selbst bestimmte, notfalls auch konsumtive Zwecke fordern, nicht nur als Entwicklungshilfe, sondern auch als Belohnung für die Sicherung politischer Stabilität und europäischer Loyalität in ihren Ländern.

Die zu behebenden, jedenfalls aber politisch zu neutralisierenden wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten innerhalb der Währungsunion sind beträchtlich (Tabelle 1). 2011 betrug das portugiesische Pro-Kopf-Einkommen nur knapp die Hälfte des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der drei Länder des Zentrums. Allerdings hat Portugal nur wenige Einwohner, und ähnliches gilt für Griechenland. Die vier Länder der südlichen Peripherie zusammen freilich sind nur um ein Fünftel kleiner als das Zentrum, und ihr Durchschnittseinkommen pro Kopf ist immerhin ein gutes Viertel niedriger. Besonders alarmierend muss die Situation der drei wirtschaftlich

schwächsten Länder Spanien, Griechenland und Portugal erscheinen, deren Bevölkerung zusammengenommen etwas mehr als 40 Prozent der Bevölkerung des Zentrums ausmacht, bei einer Einkommenslücke von nicht weniger als 33 Prozent.

*Tabelle 1: Einwohnerzahlen und Einkommenslücken im Euro-Land (2011)*

	Einwohner (in Millionen)	Einwohner in Prozent des Zentrums (D, F, NL)	Pro-Kopf-Einkommen (in Euro)	Einkommenslücke (in Prozent)
Italien	60,6	37,1	26.000	18,0
Spanien	46,2	28,3	23.100	27,2
Griechenland	11,3	6,9	18.500	41,7
Portugal	10,6	6,5	16.000	49,5
I, ESP, GRL, P	128,7	78,7	23.477	26,0
ESP, GRL, P	68,1	41,7	21.230	33,1
D, F, NL	163,5	100	31.712	--

*Quelle: Eurostat.*

## Deutschland und Italien als Beispiel

Was die Einkommensunterschiede und Bevölkerungsrelationen zwischen Zentrum und Peripherie der EWU politisch bedeuten, lässt sich anhand der absoluten Zahlen nicht ohne Weiteres sagen. Hinweise geben kann ein Vergleich mit zwei europäischen Nationalstaaten, Deutschland und Italien, die jedes Jahr erhebliche Mittel aufwenden, um Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Landesteile auszugleichen – in Deutschland vor allem zwischen Ost und West, in Italien zwischen Nord und Süd. In Italien besteht das Problem seit der Einigung des Landes vor 150 Jahren, in Deutschland seit der Wiedervereinigung vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten, als die Bundesregierung sich für eine Währungsunion (!) zwischen der alten Bundesrepublik und der damaligen DDR entschied. Heute macht die ostdeutsche Bevölkerung etwa 27 Prozent der westdeutschen aus, während sich die Bevölkerung Süditaliens auf 56 Prozent der norditalienischen Bevölkerung beläuft, also in der Relation etwa doppelt so groß ist wie die Ostdeutschlands. Die Einkommenslücke zwischen Ost- und Westdeutschland ist seit Mitte der 1990er Jahre, also in etwas weniger als zwei Jahrzehnten, von rund 32 auf etwa 27 Prozent des westdeutschen Durchschnittseinkommens zurückgegangen; in Italien sank sie im selben Zeitraum, auf erheblich höherem Niveau, von 45 auf 41 Prozent des norditalienischen Durchschnittseinkommens.

Die allmähliche relative Verbesserung der Durchschnittseinkommen in den armen Regionen der beiden Länder ging mit umfangreichen fiskalischen Transfers einher. In Italien stiegen diese im genannten Zeitraum von 3,4 auf knapp vier Prozent des

Sozialprodukts, während sie in Deutschland von etwa vier auf immerhin noch 3,2 Prozent fielen.<sup>13</sup> Dabei mussten die vier Prozent des Sozialprodukts, die in Italien um 2010 in den Süden transferiert wurden, von 64 Prozent der Bevölkerung aufgebracht und auf 36 Prozent verteilt werden, während die 3,2 Prozent in Deutschland von 79 Prozent der Bevölkerung aufzubringen waren und 21 Prozent zugute kamen. Dies ergibt für Italien eine standardisierte Belastung der Bevölkerung im reichen Landesteil von 0,63 Prozent des Sozialprodukts pro zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, für Deutschland dagegen nur von 0,46 Prozent, wobei der geringere Aufwand in Deutschland mit einer höheren standardisierten Begünstigung von 1,50 Prozent im Vergleich zu 1,11 Prozent in Italien einhergeht.

Um einen groben Indikator für das Ausmaß der Problembelastung der beiden Staaten durch regionale Disparitäten zu erhalten, bietet es sich an, den Wert für den Bevölkerungsanteil der ärmeren Landesteile mit dem für die Einkommenslücke zu addieren. Dies ermöglicht interessante Vergleiche zwischen verschiedenen Konstellationen innerhalb der Europäischen Währungsunion und den Nationalstaaten Deutschland und Italien (Tabelle 2). So verhalten sich Griechenland und Spanien jeweils als einzelne Länder zum Zentrum der Währungsunion ungefähr wie Ostdeutschland zu Westdeutschland, während das Verhältnis der drei beziehungsweise vier größeren Länder der südlichen Peripherie zusammengenommen zu den Ländern des Zentrums dem zwischen Süd- und Norditalien gleicht.

*Tabelle 2: Wirtschaftliche Heterogenität: Deutschland, Italien, EWU*

Peripherie	Zentrum	Summe aus Bevölkerungsrelation und Einkommenslücke
Griechenland	D, F, NL	49
Ostdeutschland	Westdeutschland	54
Spanien	D, F, NL	56
ESP, GRL, P	D, F, NL	75
Süditalien	Norditalien	97
I, ESP, GRL, P	D, F, NL	105

*Quelle: Eurostat.*

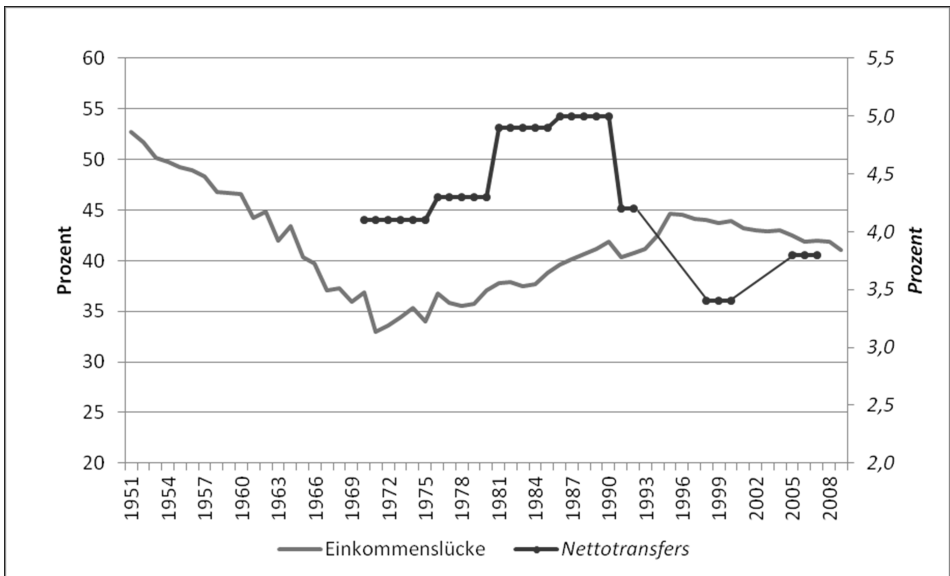
Was ergibt sich hieraus für die zukünftige Bereitschaft des Zentrums der Währungsunion, den europäischen Süden finanziell zu unterstützen, sei es auf deutschem oder auf italienischem Niveau, und was wären die Erfolgsaussichten? Dabei ist zu

13 Die italienischen Zahlen verdanke ich Prof. Carlo Trigilia von der Universität Florenz. Inwieweit sie mit den deutschen vergleichbar sind, lässt sich trotz intensiver Nachprüfungen nicht mit letzter Gewissheit sagen. Schwierigkeiten bereiten insbesondere institutionelle Veränderungen, etwa die Ersetzung der Cassa per il Mezzogiorno im Jahre 1992 durch Steuerprivilegien der betreffenden Regionen.

berücksichtigen, dass sich die beiden Nationalstaaten in zwei wichtigen Punkten von der EWU unterscheiden: Sie können sich auf nationale oder auch nationalistische Zusammengehörigkeitsgefühle stützen, die es im Verhältnis von Nationalstaaten untereinander nicht gibt und die für Europa als Ganzes erst noch entstehen müssten; und ihre regionalen Untergliederungen sind, anders als die der EWU, keine souveränen Staaten. Sowohl die Mobilisierung von Mitteln zur Umverteilung von Reich zu Arm als auch die Kontrolle ihrer Verwendung sollten deshalb innerhalb der Nationalstaaten leichter fallen als in der EWU.

Allerdings ist beides, wie sich bei genauerer Betrachtung zeigt, schon auf nationaler Ebene schwierig genug. Sowohl in Deutschland als auch in Italien haben die verfügbaren finanziellen Mittel und politischen Eingriffsmöglichkeiten auch über längere Zeiträume hinweg allenfalls dazu ausgereicht, die Einkommensunterschiede zwischen den Landesteilen abzumildern. In Italien war die Disparität zwischen Nord und Süd in der Wachstumsphase der Nachkriegszeit stark zurückgegangen, nahm dann aber im folgenden Vierteljahrhundert – nach dem Ende der »Glorreichen Dreißig« – trotz hoher jährlicher Transfers, die sich auf bis zu fünf Prozent des Sozialprodukts beliefen, wieder um nicht weniger als zehn Prozentpunkte zu (Abbildung 4).

Abbildung 4: Nettotransfers in den Mezzogiorno in Prozent des Bruttoinlandsprodukts und Einkommenslücke (1951-2009)



Quellen: Daniele, Malanima 2007; ab 1995: Istat (Istituto nazionale di statistica).

Was Deutschland betrifft, so haben die Unterschiede, wie erwähnt, seit Mitte der 1990er Jahre nur noch langsam abgenommen, und nach der Krise sind sie sogar wieder leicht gestiegen (Abbildung 5). Zurzeit wird über die Verlängerung des »Solidar-

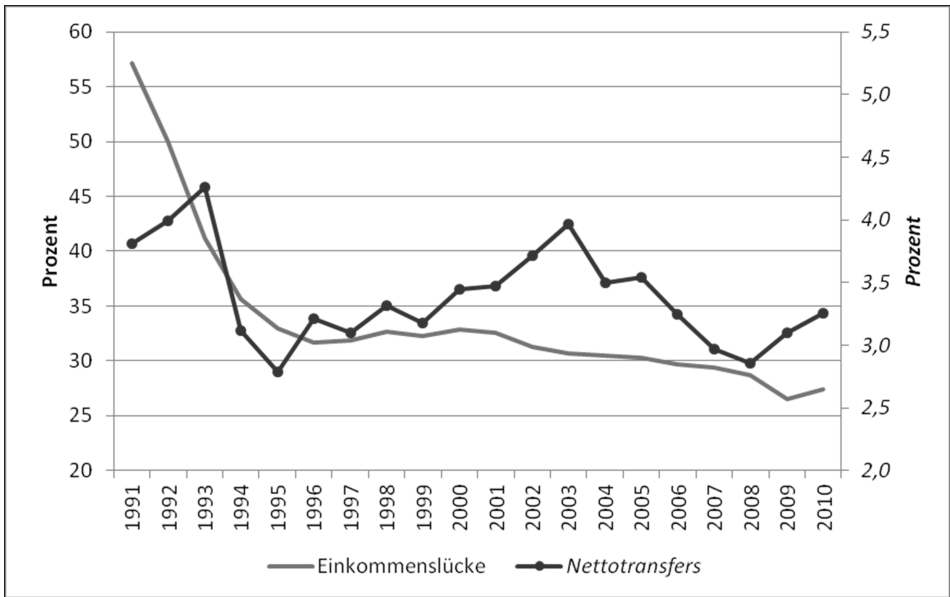
pakts« über sein vorgesehenes Ende im Jahr 2019 hinaus verhandelt; es besteht Einigkeit, dass noch viel Zeit vergehen wird, bis die Wirtschaft der »Neuen Länder« mit der im Westen wird mithalten können, und dass eine Kürzung der Zuwendungen zum ursprünglich vorgesehenen Termin das Erreichte in Frage stellen und die Einkommenslücke wieder vergrößern würde.<sup>14</sup> Dennoch, und obwohl die tatsächliche fiskalische Belastung im Vergleich zu Italien eher gering ist, regt sich im Westen zunehmend Widerstand gegen den »Aufbau Ost«, und es ist absehbar, dass der – unvermeidlichen – Verlängerung der Unterstützung in Zeiten fiskalischer Austerität schwierige politische Auseinandersetzungen vorausgehen werden. In Italien, wo die Problemlast größer ist, stellt sich die Lage entsprechend dramatischer dar. Hier ist im Norden des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten in Gestalt der Lega Nord eine separatistische Los-von-Rom-Bewegung, die jegliche Subventionen für den Mezzogiorno ablehnt, zur stärksten politischen Kraft geworden.

Für die geringe Wirksamkeit regionaler Entwicklungspolitik auch bei sehr hohem finanziellen Aufwand gibt es viele Erklärungen. Im italienischen Fall liegt der Verweis auf die Sozialstruktur der Regionen des Mezzogiorno nahe, wo alteingesessene lokale Oligarchien über die Macht verfügen, zugewiesene Mittel mit Beschlag zu legen und für eigene Zwecke zu verwenden. Eine Zentralregierung, die dagegen einschreiten wollte, müsste mit einem für sie gefährlichen Entzug politischer Unterstützung rechnen. Tatsächlich wurde in den Nachkriegsjahrzehnten die *Cassa per il mezzogiorno*, der wichtigste regionale Entwicklungsfonds Italiens, zum Instrument sowohl mafioser Selbstbereicherung als auch des Stimmenkaufs vor allem durch die damalige ewige Regierungspartei, die Democrazia Cristiana. Ein »Durchregieren« des Nationalstaats in die Regionen des Südens war niemals möglich und wurde angesichts der gefestigten Machtstrukturen im Mezzogiorno auch schon bald nicht mehr versucht. Dies war in Ostdeutschland nach dem Ende der DDR anders, wo die alten Eliten völlig diskreditiert waren und nahezu auf einen Schlag durch westdeutsche Politiker, Beamte, Unternehmer, Professoren, Journalisten usw. ersetzt wurden, bei gleichzeitiger Transplantation des gesamten Institutionensystems der westdeutschen Bundesrepublik. Umso bemerkenswerter ist der auch in Deutschland

- 14 In einem Kommentar am 5. September 2012 zu Forderungen eines ostdeutschen Wirtschaftsministers nach weiterer Unterstützung bemerkt die *Süddeutsche Zeitung*, dass es »trotz Billionen-Zuwendungen für den Aufbau Ost bis heute nicht gelungen« sei, »eine sich selbst tragende Wirtschafts- und Finanzierungsstruktur in den neuen Bundesländern zu etablieren [...] Noch immer wird in den neuen Bundesländern weniger als zehn Prozent des Gewerbesteueraufkommens in Deutschland eingenommen; bei der von Unternehmen zu entrichtenden Körperschaftsteuer liegen die Anteile gar zwischen fünf und sieben Prozent«. Laut Jahresbericht 2012 der Bundesregierung zum »Stand der deutschen Einheit« (Bundesministerium des Innern 2012) wuchs die Wirtschaft in Ostdeutschland 2011 um 2,5 Prozent, verglichen mit 3,0 Prozent in Deutschland insgesamt. Das Sozialprodukt pro Kopf war von 73 Prozent des westdeutschen Niveaus (2010) auf 71 Prozent gesunken; die Produktivität lag bei 79 Prozent, und die Arbeitslosigkeit betrug 11,3 Prozent (Westdeutschland: 6,0 Prozent).

begrenzte Erfolg regionaler Struktur- und Entwicklungspolitik nach Einführung der gesamtdeutschen Währungsunion.<sup>15</sup>

Abbildung 5: Nettotransfer in die Neuen Länder in Prozent des Bruttoinlandsprodukts und Einkommenslücke (1991-2010)



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2010; ifo Institut Dresden (Mitteilung an den Verfasser).

## Die Politik einer europäischen Transferunion

Wie immer man die Ausgangsbedingungen in der EU und der EWU einschätzt, sie dürften auf jeden Fall ungünstiger sein als in Deutschland und wohl auch in Italien. Anders als ein deutsches Bundesland oder eine italienische Region sind die Empfängerländer der EWU souveräne Staaten, die darauf bestehen können, mit ihren Geldgebern mindestens formal von gleich zu gleich und ohne Einmischung in ihre »inneren Angelegenheiten« verhandeln zu können. Was die Geberländer angeht, so hat die Fiskal- und Finanzkrise dem »permissiven Konsens«, der bis vor ein paar Jahren den europäischen Integrationsprozess unterstützt hat, ein Ende bereitet. Schuldenbremsen und Haushaltskonsolidierung in den Staaten des Zentrums bewirken, dass Ausgaben »für Europa« zunehmend in Konkurrenz zu innenpolitischen Ausgaben, ob konsumtiver oder investiver Art, geraten. Nichts spricht dafür, dass

15 Für einen Vergleich zwischen dem Umbau der ehemaligen DDR und der heutigen Situation in Griechenland, der zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt, siehe Vobruba 2012.

Finnen oder Niederländer mit Griechenland, Spanien oder auch – in Zukunft – Albanien mehr Geduld haben werden als die Bewohner der Lombardei gegenüber Sizilien oder Sardinien. Hinzu kommt, dass Deutschland, das am ehesten zahlungsfähige EWU-Mitglied, offenbar noch jahrzehntelang mit seinen eigenen regionalen Problemen beschäftigt und kaum in der Lage sein wird, zusätzliche Transferlasten zu übernehmen, die vermutlich die Größenordnung der für den »Aufbau Ost« zur Verfügung gestellten Mittel übersteigen müssten, wenn sie auch nur ein weiteres Abgleiten der Empfängerländer verhindern sollen.<sup>16</sup>

Unter diesen Umständen ist nicht zu sehen, wie künftige Transfers vom Zentrum der EWU in die Peripherie jemals hoch genug sein könnten, um einen Beitrag zur Schließung der zwischenstaatlichen Einkommenslücken zu leisten. Selbst wenn es gelänge, den Großteil der fälligen Beihilfen vor den Wählern zu verheimlichen, dürften die mobilisierbaren Mittel kaum zu mehr reichen als zur Gratifikation kooperativer politischer Kräfte in den Peripheriegebieten. Zur Legitimation gegenüber der selbst von Konsolidierungsmaßnahmen betroffenen Bevölkerung der Geberländer werden sämtliche Hilfeleistungen darüber hinaus streng konditioniert sein müssen, ausgestaltet als Unterstützung für »Reformen« und abhängig von einschneidenden »Sparmaßnahmen«. Die Folge wird sein, dass die Innenpolitik der Währungsunion auf unabsehbare Zeit von letztlich unlösbaren, sich quälend hinziehenden, die Atmosphäre ständig neu vergiftenden und Demagogie jeder Art einladenden Konflikten geprägt sein wird, die jedenfalls eines nicht bewirken werden: die in den Verträgen beschworene *ever closer union* zwischen den europäischen Völkern.

Drei Arten von Konflikten zeichnen sich ab. *Innerhalb der Geberländer* wird den Wählern erklärt werden müssen, warum zwischenstaatliche Finanzhilfen von beträchtlichem Ausmaß nötig und möglich sein sollen, wenn zugleich staatliche Ausgaben im Inland gekürzt werden. Hier stehen die Exportindustrien mit den von ihnen abhängigen Beschäftigten und Regionen den eher binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren in einem harten Verteilungskonflikt gegenüber. *Zwischen den Geberländern* wird es, zweitens, darum gehen, wer welchen Anteil an den Kosten der Währungsunion übernehmen soll. Dies betrifft vor allem das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, wobei die deutsche Politik dauerhaft mit Versuchen

- 16 Dabei wird auch der oft gehörte und gern gegebene Hinweis nicht weiterhelfen, dass »die Deutschen« mehr als alle anderen von der Währungsunion »profitierten«. Für die Unternehmen und einen Teil der Beschäftigten der exportierenden Sektoren trifft dies zweifellos zu. Allerdings kommen die wirtschaftlichen Erfolge der letzteren nach der Liberalisierung der deutschen politischen Ökonomie in den letzten zwei Jahrzehnten und der mit ihr gewachsenen, auch sektoralen Ungleichheit der Einkommensverteilung (Wehler 2013) zunehmend nur noch diesen selber zugute. Dass sie sich daran beteiligen sollen, der Autoindustrie ihre Exportwege freizukaufen, werden die an Zahl zunehmenden Beschäftigten in schlecht bezahlten öffentlichen und privaten Dienstleistungsberufen nur ungern einsehen.



rechnen muss, Lasten auf das wirtschaftlich stärkere und im Export erfolgreichere Land abzuschieben, mit welcher Begründung auch immer.<sup>17</sup>

Schließlich, drittens, wird *zwischen Geber- und Empfängerländern* darüber gestritten werden, welche zwischenstaatlichen Ausgleichszahlungen angezeigt und mit welchen Eingriffsrechten sie, wenn überhaupt, zu entgelten sind. Im Namen neoliberaler wirtschaftlicher Vernunft von den Geberländern erhobene Forderungen nach institutionellen »Reformen« können dabei in den Empfängerländern jederzeit als imperialistische Einmischung in innere Angelegenheiten und als Angriff auf nationale Souveränität und Identität delegitimiert werden. Dies umso mehr, als Unterstützungszahlungen aus Sicht ihrer Empfänger als gerechter Ausgleich für ihren Verzicht auf eine nationale Währung und damit auf die Möglichkeit einer Verbesserung der eigenen »Wettbewerbsfähigkeit« durch Abwertung verstanden werden können. Alternativ können sie ebenso als Erfüllung inhereuropäischer Solidaritätspflichten konstruiert werden – was es dann legitim erscheinen lässt, erhaltene Mittel auch konsumtiv zu verwenden. In den Geberländern dagegen lassen sich allfällige Transferleistungen nur allzu leicht als Sozialhilfe für ausländische *undeserving poor* skandalisieren, zumal wenn ein wirtschaftliches Aufholen nicht zu erkennen ist, das die Unterstützung irgendwann überflüssig machen würde. Enthüllungen über klientelistische Korruption in den Empfängerländern werden das Ihre tun, um die Situation weiter zu komplizieren.

Wenn es das Ziel der Einführung des Euro war, die europäische Einigung zu befördern, dann wurde dieses gründlich verfehlt. Statt den Kontinent zusammenzuführen, hat der Euro ihn gespalten. Großbritannien ist durch die Währungsunion mehr denn je zum Außenseiter geworden und nimmt dies zum Anlass, sich schrittweise aus der EU zu lösen. Länder wie Schweden und Dänemark werden der Währungsunion, nachdem sie sie in Funktion beziehungsweise Dysfunktion gesehen haben, wohl endgültig nicht beitreten und die osteuropäischen Länder nur, um ebenso wie Südeuropa in den Genuss von Hilfszahlungen zu kommen. Die dafür nötigen Mittel werden die Länder des Zentrums jedoch immer weniger aufbringen können und wollen. Die Überdehnung der Union nach innen wie außen ist längst Wirklichkeit. Zu lernen ist, dass es Märkte nicht umsonst gibt – im Gegenteil sind sie teuer – und dass sie ohne umverteilende politische Korrektur nicht Integration bewirken, sondern Konflikte. Zu lernen ist ferner, dass ein Verzicht auf nationale Souveränität für Länder, die in der Nahrungskette der globalen Wirtschaft oben stehen, etwas anderes ist als für Länder, die ohne Souveränität Gefahr laufen, von anderen regiert und von diesen nach deren Bild umgebaut zu werden. Imperialismus ist oft nur von unten als solcher erkennbar; von oben verwechselt man ihn nur allzu leicht mit Völkerverständigung.

17 Beispielsweise kann Frankreich darauf verweisen, dass es höhere Rüstungs- und Kriegskosten zu tragen hat, die auch deutschen Interessen dienen. Politisch kann Frankreich sich jederzeit als Mittelmeerland definieren und den von Italien und Spanien ausgeübten verteilungspolitischen Druck auf Deutschland verstärken. Dies kann etwa auf dem Umweg über die Europäische Zentralbank geschehen, in deren Leitungsorgan Deutschland nur eine Stimme hat, ebenso wie Malta oder Luxemburg.

## Literatur

- Bundesministerium des Innern 2012. *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit* 2012. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Chirac, Jacques 2012. *My life in politics*. New York: Palgrave Macmillan.
- Daniele, Vittorio; Malanima, Paolo 2007. »Il prodotto delle regioni e il divario Nord-Sud in Italia (1861-2004)«, in *Rivista di Politica Economica* 3-4, S. 267-316.
- Hall, Peter 2012. »The economics and politics of the Euro crisis«, in *German Politics* 21, 4, S. 355-371.
- Maier, Charles S. 2012. »Europe needs a German Marshall plan«, in *New York Times*, 9. Juni 2012.
- Miegel, Meinhard 2010. *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen.
- Mundell, Robert 1973. »A plan for a European currency«, in *The economics of common currencies*, hrsg. v. Johnson, Harry G.; Swoboda, Alexander K., S. 143-172. London: Allen & Unwin.
- Offe, Claus 2013. »Europa in der Falle«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58, 1, S. 67-80.
- Soros, George 2012. »Starinvestor George Soros: Falls jemand den Euro verlässt, sollte es Deutschland sein«, in *Spiegel online*, 9. April 2013. [www.spiegel.de/wirtschaft/starinvestor-george-soros-deutschland-soll-eurobonds-zustimmen-a-893142.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/starinvestor-george-soros-deutschland-soll-eurobonds-zustimmen-a-893142.html) (Zugriff vom 18.04.2013).
- Streeck, Wolfgang 2013. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Vobruba, Georg 2012. »Die Zeit kann den Griechen nicht helfen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Dezember 2012.
- Wehler, Hans-Ulrich 2013. *Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland*. München: C. H. Beck.

**Zusammenfassung:** Die Währungsunion schließt eine Abwertung von Währungen im Verhältnis zwischen ihren Mitgliedstaaten aus. Der Artikel erkundet die absehbaren Konsequenzen für die innenpolitischen Konfliktlinien und die sich abzeichnende Finanzverfassung der staatlichen Ordnung des Binnenmarktes über die gegenwärtige Krise hinaus. Die derzeit stattfindende »innere Abwertung« in den Ländern der Peripherie wird mit tiefen marktkonformen Strukturreformen einhergehen müssen, wenn eine dauerhafte Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion erreicht werden soll. Ohne finanzielle Unterstützung aus dem Norden zum Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur und zur Sicherung politischer Stabilität wird dies nicht möglich sein. Der Artikel unternimmt den Versuch, die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten einer auf Angleichung der Lebensverhältnisse gerichteten zwischenstaatlichen Entwicklungspolitik in der Europäischen Währungsunion am Beispiel der regionalpolitischen Erfahrungen der Nationalstaaten Deutschland und Italien abzuschätzen.

**Stichworte:** Währungsunion, Europäische Union, Binnenmarkt, regionale Disparitäten, regionale Entwicklung, Fiskalkrise

### **Beyond the crisis: the crisis. Perspectives on the domestic politics of the European single market state**

**Summary:** European monetary union precludes currency devaluation between member states. The article explores the consequences this is likely to have for the internal lines of conflict within Euroland and its emerging fiscal constitution, beyond the present crisis. The »internal devaluation« that is under way in the countries of the European periphery will have to be combined with deep structural reforms of a market-liberal kind if a lasting convergence of competitiveness is to be attained inside EMU. Without financial support from Northern European countries for the development of a high-performance infrastructure and the maintenance of political stability this will not be possible. The article undertakes to assess the economic and political difficulties of an international development policy aimed at narrowing the gap between living standards in the center and the periphery, by drawing on the regional policy experiences of the two nation-states, Italy and Germany.

**Keywords:** Monetary Union, European Union, internal market, regional disparities, regional development, fiscal crisis

#### **Autor**

Prof. Dr. Wolfgang Streeck  
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Paulstraße 3  
50676 Köln